

voll konnte Parteichef Meuthen hier durchsetzen, einen Autor teils antisemitischer Bücher aus der Fraktion zu werfen. ▶ Beispiel Bayern: In Nürnberg kürte die AfD eine russlanddeutsche Kreisvorsitzende zur Bundestagskandidatin, deren Bürgerinitiative „Sichere Heimat“ mit ihren Demos auch das NPD-Milieu anlockte.

Bundesweit vernetzen sich AfD-Fans mit Burschenschaftlern, Heimatschutzgruppen und Kameradschaften aus dem NPD-Dunstkreis.

Berlin-Neukölln, am vergangenen Mittwochabend. Im ersten Stock des Nachbarschaftstreffs „Sonnenblick“ diskutieren rund 70 Leute über die „Identitäre Bewegung“ (IB). Es geht um die Ideologie dieser extrem rechten Gruppe und ihre Kontakte zur AfD. Im vergangenen Sommer kletterten die völkischen Aktionisten öffentlichkeitswirksam auf das Brandenburger Tor.

Deshalb hat das „Bündnis Neukölln“ zur Diskussion eingeladen, ein Netzwerk aus Kiezbewohnern, Gewerkschaften, Jugendverbänden und Gewerbetreibenden. „Politisch sind die AfD und ihre Verbündeten das größte Problem“, sagt Sebastian Engelhardt vom „Bündnis Neukölln“. Die Partei und ihre Anhänger veränderten die Gesellschaft zum Negativen. „Diese Leute machen Rassismus salon- und sprechfähig.“

Die NPD habe in Berlin zunehmend an Bedeutung verloren, sagt Engelhardt, nicht aber die Bedrohung durch Rechtsextremisten: Seit 2016 kam es sogar im Multikulti-Bezirk Neukölln zu vielen Anschlägen gegen Menschen, die sich für Flüchtlinge und gegen Rassismus engagieren: Autos wurden angezündet, Fensterscheiben von Privatwohnungen eingeworfen und Drohungen an Häuserwände gesprüht.

Ähnlich ist die Lage in Brandenburg, dem Bundesland mit den meisten verbotenen rechtsextremen Vereinen in Deutschland. „Organisationsverbote schwächen die Neonazi-Szene ganz klar“, sagt Jonas Frykman vom „Aktionsbündnis Brandenburg“, das gut 70 zivilgesellschaftliche Initiativen und Verbände vernetzt. „Für alle, die eine vermeintlich wählbare rechte Alternative suchen, ist die AfD attraktiver.“

Noch 2015 hätte die NPD in ganz Brandenburg Anti-Flüchtlings-Initiativen gegründet, sagt Frykman. Heute würden diese Proteste in weiten Teilen von AfD-Sympathisanten organisiert. „Politiker der AfD treten dort auf, und es gibt auch direkte Bezüge zur Identitären Bewegung“.

Die IB, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, propagiert die Lehre eines ethnisch reinen Volkes – so wie die NPD gern gegen „Passdeutsche“ wettet, die wegen ihres Migrationshintergrunds keine gleichwertigen Mitglieder der „Volksgemeinschaft“ seien.

Auch Höckes rechter AfD-Flügel sieht Deutschlands Selbstbestimmung in Gefahr, wenn erst eine „fremdstämmige Migranten-Mehrheit“ die „numerische Überlegenheit“ erlangt. Genau diesen Rassismus erklärte Karlsruhe für verfassungsfeindlich.

Viele IB-Sympathisanten, die früher auf NPD-Demos mitliefen, tummeln sich nun im AfD-Milieu, das mehr Aussicht auf politischen Erfolg bietet. Offiziell hat die AfD Abgrenzungsbeschlüsse zur IB verhängt, aber gegen derlei „Abgrenzeritis“ wettern AfD-Politiker wie Holger Arppe aus Mecklenburg-Vorpommern ganz offen.

Arppes Bundesland ist das einzige, in dem NPD-Kader noch wirklich präsent sind. Hier erzielte die Partei bei der Landtagswahl einen symbolischen Erfolg: Drei Prozent wählten die NPD; es ist das beste Ergebnis der Extremisten seit zwei Jahren. Anderswo liegen sie längst im Promillebereich und werden zerrieben zwischen der AfD und aggressiven Neonazi-Splitterparteien wie „Der Dritte Weg“ und „Die Rechte“.

In der AfD ist der rechte, NPD-nahe Flügel zwar stark, aber nicht in der Mehrheit. An den Schaltstellen dominieren Pragmatiker wie Frauke Petry, denen die Karriere mitunter wichtiger zu sein scheint als eine harte Linie gegen den rechten Rand – schließlich ist die ideologische Bandbreite der AfD ein Grund für ihren Erfolg: Theoretisch kann jeder rechte Wähler bei ihr andocken, von Angela Merkel enttäuschte Konservative ebenso wie völkische Ideologen. Sie müssen nur bereit sein, den jeweils anderen Parteiflügel auszublenden.

Doch spätestens nach der Bundestagswahl, wenn Petrys Opportunisten und Höckes Ideologen in einer gemeinsamen Fraktion sitzen, muss sich die Partei positionieren. Dann droht eine Zerreißeprüfung.

Melanie Amann, Maik Baumgärtner

„Gar nicht harmlos“

Familienministerin Manuela Schwesig, 42, über NPD und AfD

SPIEGEL: Frau Schwesig, hat Sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts enttäuscht?

Schwesig: Ja, ich hätte mir ein Verbot der NPD gewünscht. Jetzt ist es wichtig, dass die richtigen Schlüsse gezogen werden. Das Gericht sagt klar: Die NPD ist verfassungsfeindlich, aber zu unbedeutend, um verboten zu werden. Das heißt aber nicht, dass die NPD nicht gefährlich ist. Meine Erfahrung in Mecklenburg-Vorpommern ist: Die NPD ist immer noch aktiv in Kommunalparlamenten und auch in Städten und Dörfern. Es gibt ganze Orte, die von NPD-Aktivisten beherrscht werden.

SPIEGEL: Es gibt nun den Plan, der NPD durch eine Änderung des Grundgesetzes die Finanzierung zu entziehen. Ist eine Lex NPD nicht zu viel der Ehre?

Schwesig: Nein, im Gegenteil. Wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass eine Partei verfassungsfeindlich ist, dürfen wir sie nicht mit Steuermitteln unterstützen. Wir müssen als Staat aufpassen, dass die, die gegen unseren Rechtsstaat sind, uns nicht auf der Nase rumtanzen. Die NPD ist nicht deshalb schwach, weil wir sie erfolgreich be-

kämpft haben, sondern weil sie von der AfD geschluckt wurde.

SPIEGEL: In Mecklenburg-Vorpommern ist die NPD seit verganginem September nicht mehr im Landtag vertreten, die AfD wurde zweitstärkste Kraft. Sehen Sie Parallelen zwischen den Parteien?

Schwesig: Man konnte ganz klar erkennen, dass Wähler von der NPD zur AfD gewechselt sind. Wir wissen, dass Akteure der NPD mit der AfD zusammenarbeiten. An Herrn Höcke haben wir diese Woche gesehen, dass die AfD rechtsextremistische Züge hat, dass sie gar nicht so harmlos und anständig ist, wie sie sich gerne gibt. Jemand wie Höcke sollte in Zukunft vom Verfassungsschutz beobachtet werden, andere Akteure der AfD mit rechtem Gedankengut auch.

SPIEGEL: Die NPD feiert das Urteil als Sieg, sie wirbt damit. Hätte man ein Verbot gar nicht erst anstreben sollen?

Schwesig: Es war richtig, es zu versuchen. Wir haben damit erreicht, dass festgestellt wurde, dass die NPD verfassungsfeindlich ist. Ich warne davor, Rechtsextremismus zu unterschätzen. Die rechtsextremistischen Übergriffe nehmen zu. Das dürfen wir nicht zulassen.



Ministerin Schwesig

Interview: Britta Stuff